

Pressemitteilung – 24. Februar 2021

Bundesregierung setzt falsche Schwerpunkte in der Afrikapolitik

Berlin – Heute hat der Deutsche Bundestag eine längst überfällige Debatte über die Zukunft der Beziehungen zwischen Deutschland und dem afrikanischen Kontinent geführt. Wir begrüßen das sehr, denn die Menschen in Afrika verdienen – auch in unserem eigenen Interesse – mehr Aufmerksamkeit, sowohl politisch als auch wirtschaftlich,“ so Stefan Liebing, Vorsitzender des Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft.

„In den Beiträgen der Minister Maas und Müller ist allerdings wieder einmal klargeworden, dass die Bundesregierung noch immer zu einseitig auf Sicherheitspolitik und Entwicklungszusammenarbeit setzt, wenn es um unseren Nachbarkontinent geht. In immer neuer Form versuchen wir, Afrika zu „helfen“. Ausdruck dieser falschen Politik ist, dass der Entwicklungshilfeminister das sogenannte „Post-Cotonou-Abkommen“ als „Jahrhundertabkommen“ bezeichnet hat. Dabei ist die darin vorherrschende Annahme, dass im wesentlichen Europa die Antworten auf die Probleme Afrikas hätte. Dies führt – gerade auf Seite vieler afrikanischen Partner – zu einem Gefühl der Bevormundung und widerspricht der eigentlich gewollten „Partnerschaft auf Augenhöhe“,“ erklärt Liebing.

Paradebeispiel dafür ist das in der heutigen Debatte von Entwicklungshilfeminister Gerd Müller genannte nationale Lieferkettengesetz, welches wir in der aktuellen Form weiter entschieden ablehnen. Entgegen der Annahme des Ministers wird dieses Gesetz nicht zur Stärkung von Menschenrechten und der Einhaltung von Umweltstandards in Afrika beitragen. Es wird deutsche Unternehmen von Investitionen abhalten und Afrika Investoren überlassen, die sich um Menschenrechte und Umweltschutz wenig scheren,“ so Liebing weiter.

„Statt die Beziehungen mit Afrika auf den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu reduzieren oder mit nationalen Gesetzen zusätzliche Handelshemmnisse zu schaffen, sollten wir verstärkt auf den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Afrika setzen. Diese führt langfristig zu nachhaltigem Wachstum, da sie Arbeitsplätze vor Ort schafft. Entwicklungspolitik im klassischen Stil kann das nicht leisten. In Afrika liegen wichtige Zukunftsmärkte und Investitionsstandorte. Dies muss sich in unserer Afrikapolitik stärker widerspiegeln,“ fordert Stefan Liebing.

„Ein Lichtblick der Debatte war die Zusicherung der Bundesregierung, die Mittel für die internationale Initiative COVAX aufzustocken, denn bis alle Menschen in Afrika mit Impfstoff versorgt werden können, ist es noch ein sehr weiter Weg. Hier erwarten wir von der Bundesregierung noch mehr bilaterale Unterstützung für die Länder Afrikas, gerade beim Aufbau einer eigenen Produktion für Güter aus dem Gesundheitsbereich. Wir haben alle ein Interesse daran, dass Investitionen und Projekte in Afrika möglichst bald wieder im vollen Umfang möglich werden und wir gemeinsam aus der aktuellen wirtschaftlichen Krise herauskommen,“ schließt Stefan Liebing.

Pressekontakt:

Daniel El-Noshokaty

Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft e.V.

T +49 30 2060719 77

el-noshokaty@afrikaverein.de

www.afrikaverein.de

twitter.com/afrikaverein

[Afrika-Verein](#) auf LinkedIn